

Antragsbereich B / Antrag B2

AntragstellerInnen: UB Augsburg

Empfänger: Bundesparteitag
Landesparteitag

Empfehlung der Antragskommission: Überweisung an Landtagsfraktion & SGK

B2: Antrag auf Änderung der Förderrichtlinien des Programms Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)

Die Richtlinien zur Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen – JaS erhalten folgende Anpassungen:

- 5 • Die tatsächlichen Kosten der Vollzeitstelle der Sozialpädagog*innen werden vollständig vom Freistaat übernommen. Die Bezahlung erfolgt weiterhin analog der Tätigkeitsmerkmale des TVÖD für staatlich anerkannte Sozialpädagog*innen (Diplom/Bachelor).
- 10 • Weder Schulart, Schulgröße noch der (zu geringe) Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund sind Ausschlussgründe für die Bewilligung einer Förderung. Grundsätzlich sind alle staatlich anerkannten Schulen unabhängig von der Trägerschaft förderfähig, d.h. auch private Schulen.
- 15 • Bei bis zu 200 Schüler*innen ist eine halbe Kraft verpflichtend und ab 400 Schüler*innen eine Vollzeitkraft. Pro weitere 400 Schüler*innen ist eine weitere halbe Kraft verpflichtend. Besteht an Schulen Bedarf für Jugendsozialarbeit, der über der mit der Schulgröße korrespondierenden Anzahl an JaS-Kräften liegt, so wird bedarfsabhängig mindestens eine weitere halbe JaS-Stelle bewilligt. Diese weiteren JaS-Stellen sind durch den besonderen pädagogischen Bedarf an Brennpunktschulen nötig.
- 20 • Bereits bestehende Stellen von Jugendsozialarbeit
- 25

ter*innen an Schulen – die bisher vollständig von den Kommunen getragen werden – sind förderfähig.

30

Begründung

Aufgrund einiger gesellschaftlicher Faktoren wurde JaS bedarfsgerecht ausgebaut. Zu diesen Faktoren zählen: doppelte Berufstätigkeit, ein steigender
35 Medienkonsum sowie die Verlagerung der Erziehungsaufgabe vom Elternhaus in die Schule.

Jedoch kam es in den vergangenen Jahren kam es zu einer Ausweitung kommunaler Verantwortlichkeiten.
40 Diese Zunahme stellt die Kommunen vor erhebliche organisatorische und finanzielle Herausforderungen. Durch eine vollständige Kostenübernahme des JaS-Programms durch den Freistaat können Kommunen in Bayern finanziell entlastet werden.

45

Eine Kostenübernahme durch den Freistaat ist darin begründet, dass Jugendsozialarbeit an Schulen auch eine klare staatliche Aufgabe ist. Denn die Schulen in Bayern liegen im Verantwortungsbereich
50 des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. Zudem ist in Art. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) festgeschrieben, dass die Schule einen „Bildungs- und Erziehungsauftrag“ besitzt. Somit liegt
55 Schulsozialarbeit sowohl im Verantwortungsbereich der Kommunen, als auch der Bayerischen Staatsregierung. Daraus leitet sich auch eine finanzielle Verantwortung der kostenstärkeren Landesebene ab. Zudem ist die Kommune lediglich Sachaufwands-
60 träger der Schulen und nicht für Personalkosten zuständig. Mit der Übernahme des Großteils der Kosten für Sozialpädagog*innen an Schulen, findet

eine unrechtmäßige Verlagerung der Kosten auf die Kommunen statt.

65

Bisher erfolgt lediglich eine Teilfinanzierung des JaS-Programms durch den Freistaat Bayern. Im Rahmen dieses Programms beteiligt sich das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales mit
70 einem Festbetrag von 16.360 Euro pro Vollzeitstelle einer*s Sozialpädagogin*en an ausgewählten Schulstandorten. Diese finanzielle Beteiligung erfolgt nur für Mittelschulen, Förderschulen und Berufsschulen mit „gravierenden sozialen und erzieherischen Problemen“, d.h. nur unter Nachweis eines erhöhten
75 Jugendhilfebedarfs sowie an Grundschulen mit einem Migrationsanteil von mind. 20%.

Der Festbetrag von 16.360 Euro pro Vollzeitäquivalent
80 , mit dem sich der Bayerische Freistaat beteiligt, ist seit Beginn des Programms im Jahr 2003 nicht gestiegen, obwohl seitdem die Personalkosten gestiegen sind. Die Gesamtkosten für eine Vollzeitstelle einer*s staatlich anerkannten Sozialpädagogin*en auf rund
85 55.000 bis 60.000 Euro im Jahr. Damit trägt der Freistaat aktuell nur etwa ein Viertel der Personalkosten pro Stelle.

Gefördert wird an der Schule eine halbe oder eine
90 ganze Stelle eine*r Sozialpädagog*in. Laut der „Richtlinie zur Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen – JaS“ können nur „[a]n besonders belasteten Schulen oder an Volksschulen mit mehr als 400 Schülerinnen und Schülern [sic!] [...] ausnahmsweise auch bis zu
95 zwei Stellen der JaS besetzt werden“. Dabei sind bereits bestehende Angebote der Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit von dieser Förderung bisher ausgeschlossen.

100 Die Förderung von Realschulen erfolgt im Rahmen
des JaS-Programms nur in Einzelfällen. Im Jahr 2016
waren nur 14 von insgesamt 1.154 Einsatzorten
des JaS-Programms (= rund 855 Vollzeitstellen) Re-
alschulen. Eine Förderung von Gymnasien erfolgt
105 im Rahmen des JaS-Programms bisher nicht und
das obwohl 40% der Schüler*innen in Bayern ein
Gymnasium besuchen. Damit sind die betroffenen
Schüler*innen von sozialpädagogischer Betreuung
mit Förderung der bayerischen Landesregierung
110 ausgeschlossen.

Allerdings unterscheiden sich die sozialen und fami-
liären Anforderungen für die Persönlichkeitsentwick-
lung von Kindern und Jugendlichen nicht maßgeblich
115 an den verschiedenen weiterführenden Schularten.
Sowohl an Mittelschulen, als auch an Realschulen und
Gymnasien ist die Schüler*innenschaft heterogen. Je
nach individueller Problemlage benötigen die Jugend-
lichen Hilfeleistung bei Mobbing, Suchterkrankungen,
120 Essstörungen, Integration, Inklusion, familiären Pro-
blemen usw.